

Mehr Mut. Mehr Freiheit. Mehr Mensch.

Kommunalwahlprogramm

Präambel

Die FDP Oberhavel stellt fest:

Die Landkreise, Städte und Gemeinden (kurz: Kommunen) gehören zu den unterschätzten Ebenen der Demokratie. Direkt in Kontakt kommt der Bürger mit ihnen nur, wenn er sein Auto anmeldet oder eine Baugenehmigung benötigt. Das ist eher selten. Die gefühlte Bedeutung der Kommunen ist also gering. Ihr wirklicher Einfluss jedoch ist groß. Die Schulen, Kitas und die Krankenhausversorgung sind ebenso in kommunaler Verantwortung wie der öffentliche Nahverkehr oder die Müllabfuhr. Außerdem werden die Infrastruktur und die Wirtschaftsförderung von den Kommunen mitgestaltet.

Oberhavel zu gestalten bedarf langfristiger Lösungen. Der derzeitige demographische Wandel ist eine besondere Herausforderung. Berlin als Magnet bewirkt dabei eine teilweise Umkehrung der Folgen dieses Wandels. Der Wandel von der Industrie- zur Wissensgesellschaft und lebenslanges Lernen verändern die Gesellschaft bis in die Familien hinein. Attraktive Angebote in Kultur und Sport, besonders für die Jugend, können Beitrag zum Sozialverhalten, zur Bildung und zur Gesundheit sein. Der Bürger mit seinem ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagement ist die tragende Säule der freiheitlichen Gesellschaft. Darum ist mehr Verwaltung keine Lösung. Eine schlanke, leistungsfähige, bürgernahe Verwaltung unterstützt alle Bürger bei flächendeckendem Zugang zu notwendigen Informationen, zu Bildungs- und sozialen Einrichtungen und bei der Gestaltung des Zusammenlebens im nachbarlichen Umfeld. Wir unterstützen den Oberhaveler Bürger, der sein Leben eigenverantwortlich für soziale Gerechtigkeit in Freiheit gestalten will.

I Bildung ist Lebenschance: Dafür treten wir ein!

Bildung ist wie eine Fähre. Sie führt zu anderen Ufern, zu einer neuen, spannenden und erlebnisreichen Lebensweise. Bildung eröffnet Chancen. Sie ist in unserer Gesellschaft ein anerkanntes Gut.

Wir haben erreicht, dass das Ferdinand-Runge-Gymnasium in Oranienburg nicht dem Rotstift zum Opfer fiel und nun zu einem Bildungscampus ausgebaut wird. Ebenso lag uns am Herzen, die Förderschule in Borgsdorf zu erhalten. Das sind großartige Erfolge. Nachdem SPD und CDU die Einrichtung von Leistungs- und Begabungsklassen in Oberhavel verhindert haben, hoffen wir, dass der neu zu wählende Kreistag nicht erneut versäumt, diese Chance zu nutzen. Kritisch sehen wir den bisherigen

1 Schulentwicklungsplan. Er bietet keine qualifizierte Basis, um die hiesige Schullandschaft
2 längerfristig sicherzustellen. Das muss sich ändern. Und dafür treten wir ein.

3
4 Bildung braucht Freiheit und Wettbewerb. Bildung ist ein Standortfaktor für
5 Ansiedlungsentscheidungen. Lebenslanges Lernen und Weiterbildung ist allen zu
6 ermöglichen. Schule soll erziehen und Werte vermitteln.

7
8 Bildung beginnt schon vor der Schule in Elternhaus und Kita. Schon in der Kita soll
9 spielend gelernt, sollen die Erzieherinnen entsprechend qualifiziert werden. Freie und
10 kirchliche Träger von Kitas dürfen gegenüber staatlichen Einrichtungen nicht benachteiligt
11 werden. Wir brauchen Netzwerke zwischen Kitas, Schulen, Betrieben und der Verwaltung,
12 um Bildungsprozesse zu stärken.

13
14 Kleine Menschen brauchen kurze Wege und kleine Klassen für große Leistungen. Aufgabe
15 der Politik ist es, den Schulen möglichst viel Eigenverantwortung und den Eltern
16 Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Schulkonzepten zu geben. Die Schulen sollen selbst
17 über ihr pädagogisches Profil, über Spezifik und Schwerpunkte ihrer Lehrpläne, über ihr
18 Personal und über ihre Sachmittelausstattung entscheiden. Dazu brauchen sie
19 Globalbudgets, in deren Verwendung sich die Politik nicht einmischt. Vor Ort wissen die
20 Menschen am besten, was ihre Schule braucht.

21
22 Wir als FDP bekennen uns dazu, dass Schule auch erziehen und Werte vermitteln muss.
23 Wir wollen keine ständige Debatte über Schulstrukturen, sondern Freiheit für verschiedene
24 staatliche und private Modelle, die sich im Wettbewerb um die Schüler bewähren müssen.
25 Schuleinzugsgebiete sind abzuschaffen. Eltern haben freies Wahlrecht. Schulleiterstellen
26 sind offen auszusreiben. Die Wahl des Schulleiters erfolgt durch die Schulkonferenz und
27 bedarf der Bestätigung durch den Schulträger.

28
29 Wir befürworten zentrale Prüfungen nach der 10. Klasse und ein Zentralabitur. Wie das zur
30 Prüfung nötige Wissen vermittelt wird, ist Sache der jeweiligen Schule. Die Schulkonferenz
31 und der Schulträger sollen über die Klassenstärken entscheiden. Kleine Schulen sind zu
32 erhalten, wenn die Schulträger es wollen und finanzieren.

33
34 Private Schulen dürfen gegenüber staatlichen Schulen nicht schlechter behandelt werden.
35 Wir als FDP befürworten auch die Gründung von Internaten.

36
37 Lehrer sind heute Organisatoren des Lernens, Trainer, Begleiter und Berater und für die
38 Rahmenbedingungen des Lernprozesses und auch die Disziplin zuständig.

39
40 Wir Oberhaveler Liberalen fordern, dass die Schulen ein Budget erhalten, um die Lehrer
41 selbst einzustellen. Wenn Schulen selbst Lehrer einstellen dürfen, wird sich auch die
42 Lehrerausbildung an den Hochschulen, die praxisbezogen erfolgen muss, stärker dem
43 Wettbewerb stellen müssen.

44
45 Es sind die Unternehmer des Landkreis Oberhavel, die sich um die Qualität der
46 nachfolgenden Azubi-Generationen sorgen. Immer weniger Schüler haben eine
47 Vorstellung davon, was in der Wirtschaft passiert und von Bewerbern erwartet wird. Jeder
48 fünfte Lehrling bricht zudem seine Ausbildung vorzeitig ab. Um die Schüler näher an die

1 heimische Wirtschaft heranzuführen, startete der Mittelstandsverband Oberhavel (MVO)
2 das Projekt "Praxis lernen". Dieser Versuch, Schüler mit betrieblichen Abläufen vertraut zu
3 machen, geht jetzt in das zweite Jahr. Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Albert-
4 Schweitzer-Gesamtschule in Hennigsdorf sowie der II. Oberschule in Velten wird von der
5 FDP Oberhavel begrüßt und unterstützt.

6
7 Außerdem befürwortet die FDP die Gründung von Lehrlingswohnheimen an den
8 Oberstufenzentren, da hier Auszubildende aus dem gesamten Bundesland Brandenburg in
9 Oberhavel zum Blockunterricht zusammen kommen und bei den Entfernungen
10 unverhältnismäßige Fahrzeiten bewältigen müssten.

11
12 Dem Fachkräftemangel ist durch solche Perspektiven vor Ort statt Wegzugsprämien
13 vorzubeugen. Wir brauchen Oberstufenzentren in Zehdenick, Oranienburg und
14 Hennigsdorf auf modernstem Stand. Zusätzlich sind die Erfahrungen und Fähigkeiten
15 älterer Mitbürger zu nutzen. Wir brauchen u.a. betriebliche Ausbildungsverbünde und
16 Patenschaften für begleitende Maßnahmen bei der Ausbildung von Jugendlichen mit
17 Ausbildungsproblemen, insbesondere auch für Kinder aus Migrantenfamilien. Die
18 Möglichkeiten zur Fort- und Weiterbildung sowie zur Bildungs- und Freizeitgestaltung (z.B.
19 Sprachenlernen) mit Hilfe moderner Kommunikationstechnologien und die Möglichkeiten
20 flexibler Teilzeitbeschäftigung auch von Facharbeitern im Rentenalter sind auszuweiten.

21
22 Lebenslanges Lernen gewinnt immer mehr Bedeutung. Berufliche Fort- und Weiterbildung
23 für die Älteren haben den gleichen Stellenwert wie Schule und Studium für die Jüngeren.
24 Bildungseinrichtungen wie Volkshochschulen, aber auch die Weiterbildung in den
25 Betrieben sind zu fördern. Entsprechende Angebote müssen deshalb gehalten bzw.
26 erweitert werden. Die berufliche Erfahrung vieler Senioren lässt sich auch für die
27 Weiterbildung nutzen.

28 29 30 II Soziale Verantwortung: Liberal zu sein ist kein Selbstzweck

31
32 Vielmehr steckt dahinter die Erkenntnis, dass eine starke, sich gesund entwickelnde
33 Wirtschaft die Basis ist, um sozial verantwortlich handeln zu können.

34
35 Daher ist es auch nur natürlich, dass die Sozialpolitik und hier vor allem das konkrete
36 Helfen einen großen Raum in der praktischen Arbeit der FDP-Oberhavel einnahm und
37 auch weiter einnehmen wird.

38
39 So leidet die Altkleidersammlung des Roten Kreuzes zunehmend unter der Vermüllung.
40 Dies gefährdet die Sammlung und damit die Kleiderkammern in Oranienburg und
41 Hennigsdorf. Wir, die FDP, scheiterten leider gegen die Stimmen der SPD und CDU mit
42 dem Anliegen, diesen Müll über den kreiseigenen Betrieb zu entsorgen und damit die
43 Kleiderkammern zu sichern. Wir hoffen aber in Zukunft eine Lösung zu finden, die einen
44 ungefährdeten Betrieb der Altkleiderkammern sichert.

45
46 Aus der intensiven Beschäftigung mit dem Jugendförderplan des Kreises hat die FDP eine
47 gerechtere Mittelverteilung zur Unterstützung der Jugendclubs im gesamten Kreis erreicht.
48 Aus dem Jugendförderplan konnten wir auch die dramatisch zurückgehende Mitgliederzahl

1 bei den Jugendfeuerwehren ablesen. Um diese Entwicklungstendenz zu stoppen, haben
2 wir einen Antrag auf den Weg gebracht, der dem Kreisfeuerwehrverband € 5.000,- zur
3 Verfügung stellt, um dieser Aufgabe Herr zu werden. Zur Verstärkung dieser Arbeit setzen
4 wir uns dafür ein, dass diese Mittel auch in Zukunft bereitstehen.

5
6 Mit liberaler Sozialpolitik wollen wir denjenigen helfen, die dazu selbst nicht in der Lage
7 sind. Dies erfordert eine Konzentration auf das Wesentliche.

8 9 **Für das Optionsmodell: Ohne Wenn und Aber**

10
11 Wir Liberale stehen ohne Wenn und Aber zum Optionsmodell, weil es gut für die
12 Menschen in Oberhavel ist. Der Kreistag Oberhavel hat mit großer Mehrheit für das Modell
13 der Optierung gestimmt. Oberhavel übernahm dadurch mit 68 anderen Kreisen die
14 Verantwortung für die Betreuung Langzeitarbeitsloser vor Ort. Die Entscheidung zur
15 Optierung, wie es durch die Hartz IV Gesetzgebung möglich wurde, war im August 2004
16 genau so richtig wie heute. Denn nur so haben wir eine demokratisch Kontrolle durch den
17 „normalen Bürger“ im Kreistag. Wir wollen keine bundesweite Mammutbehörde, die nur
18 sich selbst kontrolliert und von den betroffenen Menschen zu weit weg ist. Mit dem
19 „Konzept zur öffentlich geförderten Beschäftigung im Landkreis Oberhavel zur
20 Verbesserung der Integrationschancen auf dem Arbeitsmarkt“ haben wir Liberale es uns
21 nicht leicht gemacht. Denn hier kann es durch geförderte Arbeitsplätze zu einer
22 Verdrängung regulärer Arbeitsverhältnisse auf dem Ersten Arbeitsmarkt kommen. Dies
23 kann dadurch begrenzt werden, indem auch Privatfirmen Träger solcher Maßnahmen sein
24 können. Unsere Aufgabe muss es sein, dies zu verhindern. Es darf aber nicht dazu führen,
25 bei der Reaktivierung von Menschen, die die Kraft verloren haben sich selbst zu helfen,
26 das Bemühen einzustellen. Liberales Ziel ist, eine Rückführung von Erwerbslosen in die
27 Existenz sichernde Arbeit statt dauerhafter Sozialtransfers.

28
29 Die Aufgabe der Zukunft muss es sein, das Optionsmodell über 2010 hinaus zur Regel zu
30 machen und weiterzuentwickeln. Denn es ist sinnvoll, Menschen dort zu helfen, wo sie zu
31 Hause sind und wo man sich kennt. Hierfür werden wir uns als FDP Oberhavel gewohnt
32 stark einsetzen.

33
34 Bei der Erfüllung sozialer Aufgaben wollen wir das private Engagement zu fördern. Wir
35 unterstützen deshalb besonders Nachbarschaftshilfen, Betreuungsvereine, soziale Netze,
36 Eigeninitiativen und Selbsthilfegruppen. Durch die demographischen Veränderungen steigt
37 die Zahl hilfebedürftiger älterer Mitbürger erheblich an. Die daraus entstehenden sozialen
38 Aufgaben können nur durch ein Zusammenwirken professioneller Dienste mit
39 ehrenamtlichen Helfern in der Gemeinde gelöst werden. Außerdem sind durch die Städte
40 und Gemeinden geeignete Arbeitslose für zusätzliche Betreuungsaufgaben verstärkt
41 einzubinden, die im aktuellen Pflegesystem anders nicht mehr geleistet werden können –
42 beispielsweise persönliche Gespräche – und die in keiner Konkurrenz zu bestehenden
43 privatwirtschaftlichen Angeboten stehen.

44
45 Die Teilhabe von Bürgern mit Behinderungen am gesellschaftlichen Leben muss
46 verbessert werden. Dies erreicht man mit behindertengerechten Zugängen zu kulturellen
47 Einrichtungen oder durch eine fundierte Beratung durch die kommunalen
48 Behindertenbeauftragten.

1
2 Wir wollen einen „Kommunalplan für Behinderten- und Altenhilfe“, der im Zusammenwirken
3 mit allen sozialen Institutionen und Initiativen eine Bestandsaufnahme vornimmt und
4 Handlungsanleitungen für die Kommunen entwickelt. Zur organisatorischen Umsetzung
5 sollte der Seniorenbeirat mit einem Sitz im Sozialausschuss ausgestattet werden.
6

7 Die Verirrung junger Menschen zum Extremismus ist vor allem eine Folge von
8 Perspektivlosigkeit und Überforderung der Erziehenden. Der langfristige Einsatz
9 qualifizierter Sozialarbeiter und Sozialpädagogen kann Eltern und Erziehern helfen,
10 Kindern und Jugendlichen demokratische und soziale Werte zu vermitteln. Die FDP will
11 mehr Mittel für die Gewaltprävention bei Kindern und Jugendlichen und den Ausbau von
12 Betreuungsangeboten für Familien. Angebote projektorientierter Jugendarbeit wie z.B.
13 Kreativzentren sind zu fördern, um die Bindung junger Menschen an ihre Region zu
14 erhöhen. Wir fordern eine stärkere Vernetzung von privaten Initiativen und Vereinsarbeit
15 (Modell „Jugendhaus“) und die Überprüfung und Stärkung der Jugendsozialarbeit vor Ort.
16 Dazu gehört die intensive Förderung von parlamentarischen Planspielen (z.B. „Jugend und
17 Parlament“). Die FDP ist für die Gründung von Jugendparlamenten. Jugendparlamente
18 sollen Anhörungsrecht bei jugendrelevanten Themen in den kommunalen Parlamenten
19 erhalten und Gastmitglieder in den Ausschüssen stellen können. Die konkrete
20 Ausgestaltung der Modalitäten bleibt den Städten und Kommunen vorbehalten.
21

22 Die Zukunftsfähigkeit vieler Gemeinden hängt davon ab, dass junge Familien vor Ort
23 Perspektiven finden. Bei der Umsetzung der von Bund und Land kommenden Vorgaben für
24 die Betreuung von Kindern setzt die FDP nicht nur auf staatliche Betreuungseinrichtungen,
25 sondern auch auf private Anbieter. Kommunen sollen darauf achten, ausreichend
26 Spielplätze-, Bolz- und Sportplätze sowie Grünflächen für Kinder zur Verfügung zu halten.
27

28 Wir verlangen die weitere Öffnung des Sozialmarktes für eine große Vielfalt von
29 Betreiberkonzepten. Konkurrenz nutzt den Menschen. Voraussetzung für das
30 Funktionieren des Sozialmarktes sind Verbraucherinformationen, die auf Transparenz und
31 umfassender Leistungsdarstellung beruhen. Alternative Angebote dürfen nicht behindert
32 werden, sondern sind zu stärken, auch, um Kinderbetreuung auch außerhalb normaler
33 Kita-Öffnungszeiten zu gewährleisten.
34

35 Wir Liberalen setzen uns dafür ein, dass an allen Schulen eine Schulspeisung angeboten
36 wird. Über die Ausgestaltung und Elternbeteiligung der Schulspeisung entscheiden die
37 Schulträger im Rahmen ihrer Möglichkeiten selbst.
38

39 Für die Schülerbeförderung in Oberhavel ist der Kreis verantwortlich. Die bisherige
40 Regelung hat die Eltern über Gebühr belastet. Der Landkreis hat zur Entlastung der Eltern
41 Zuschüsse des Landes erhalten. Wir, die FDP Oberhavel, treten dafür ein, dass diese
42 Zuschüsse ohne Abstriche an die Eltern weitergegeben werden und darüber hinaus eine
43 sozialverträgliche Entlastung der Eltern stattfindet.
44

III Kultur ist Leben

45
46

1 Bei Bevölkerungsrückgang und abnehmender Mobilität muss die Kultur zu den Menschen
2 kommen. Für die Bewohner des äußeren Entwicklungsraumes muss die Möglichkeit
3 erhalten bleiben, an kulturellen Veranstaltungen teilzuhaben.
4

5 Kultur ist zuallererst ein kommunal verantworteter Bereich. Bei überregional und national
6 bedeutenden Projekten und Einrichtungen wird er durch die Länder und den Bund
7 mitgestaltet und mitfinanziert. Dabei ist Kultur für Liberale nicht nur ein Stück
8 Lebensqualität, sondern ein wichtiger Standortfaktor für die Kommunen und ein
9 wesentlicher Beitrag zur Förderung des Tourismus, auch durch engagierte Stadtbildpflege
10 (Denkmalschutz).
11

12 Kulturelle Bildung, z.B. beim Musizieren, ist auch soziales Training. Sie schult Kinder und
13 Jugendliche, friedlich und fair miteinander umzugehen und gemeinsam etwas zu
14 erarbeiten. Durch die Wahrung des kulturellen Erbes sowie Heimatpflege wird eine
15 verbesserte regionale Identität hervorgerufen und der Abwanderung entgegengewirkt.
16 Kultur ist in besonderer Weise ein Feld für das persönliche und ehrenamtliche Engagement
17 der Bürger.
18

19 Das Lesen als grundlegende Kulturtechnik ist weiter zu fördern. Bibliotheken sind auf
20 aktuellem Stand zu sichern.
21

22 Für Kultur- und Heimatpflege durch privates Engagement, z.B. in Fördervereinen, sind gute
23 Rahmenbedingungen zu schaffen, wie etwa durch Bereitstellung von kommunaler
24 Infrastruktur (Räumlichkeiten usw.).
25

26 Gerade in Zeiten knapper Kassen darf die Kultur nicht an Gemeinde- und Kreisgrenzen
27 haltmachen. Kultureinrichtungen müssen in die Fläche ausstrahlen. Dazu sind geeignete
28 Formen der gemeindeübergreifenden Zusammenarbeit zu entwickeln, z.B. die Nutzung
29 von Kulturhäusern in den Gemeinden für Gastspiele von Theatern und Orchestern.
30

31 Kommunale Musikschulen sind ein Teil der öffentlichen kulturellen Daseinsvorsorge. Im
32 Bereich der musikalischen Betätigung und Erziehung sind Kooperationen auch mit Kitas,
33 Schulen und anderen Einrichtungen, z.B. Kirchen, anzustreben.
34
35

IV Sport ist ein Aushängeschild

36 Ein umfassendes Angebot zu sportlicher Betätigung ist nicht nur ein wichtiger
37 Standortfaktor, sondern leistet darüber hinaus einen wesentlichen Beitrag zu Bildung,
38 Sozialverhalten und Gesundheit.
39
40
41

42 Wir unterstützen den Breitensport ebenso wie den Spitzensport und die sportliche
43 Betätigung als Freizeitgestaltung oder Therapie. Wir wollen, dass die Kommunen als
44 Schulträger die materiellen Voraussetzungen für qualitativ hochwertigen Sportunterricht
45 ebenso wie für Freizeitsport schaffen. Die bestehenden Sportstätten sollen bei
46 gleichzeitiger Rekonstruktion und Modernisierung erhalten und dem Übungs- und
47 Trainingsbetrieb der gemeinnützigen Vereine bereitgestellt werden. Dies darf aber nicht zu

1 überproportionalen Erhöhungen der Hallennutzungsgebühren führen. Dabei sollen
2 Sporttalente gesichtet und gefördert werden.

3
4 Wir unterstützen das Ehrenamt im Sport, von dem der Sport wesentlich lebt. Wir achten die
5 Fachkompetenz der Oberhaveler Sportvereine. Wie in der Vergangenheit werden wir als
6 FDP absichern, dass der Kreissportbund die Fördermittel selbst verwaltet.

7
8 Die Bewerbungen von Oberhaveler Städten und Gemeinden für die Ausrichtung von
9 Sportveranstaltungen unterstützen wir. Das regelmäßige internationale Jugendsportfest
10 verdient unserer aller Anerkennung. Wir sehen uns in der Pflicht, die Rahmenbedingungen
11 so zu gestalten, dass es auch in Zukunft ein Erfolg für Oberhavel wird.

12 13 V Demographischen Wandel bewältigen

14
15
16 Die dirigistische Vorstellung, mit dem Leitbild der dezentralen Konzentration ein
17 gleichmäßiges Wachstum auf alle Regionen zu verteilen, ist gescheitert. Tatsächlich
18 brauchen wir kleinräumige Lösungen, die den jeweiligen Gegebenheiten entsprechen. Es
19 muss vor Ort entschieden werden, welchen Umfang die benötigte technische Infrastruktur
20 haben und wie der Nahverkehr organisiert werden soll, welche kulturellen, medizinischen,
21 Bildungs- und Sporteinrichtungen erhalten oder ausgebaut werden können. Dirigistische
22 Eingriffe des Landes, egal ob als Wegzugsprämie oder Umzugshilfe, haben in Oberhavel
23 nur Unheil gestiftet.

24 Der gemeinsame Weg von Zehdenick und Gransee, ein kooperatives Mittelzentrum zu
25 bilden, ist ein sehr guter Ansatz, den Menschen Chancen aufzuzeigen und die Region zu
26 entwickeln. Wir Liberale in Oberhavel unterstützen dieses Projekt. Wir glauben, dass eine
27 derartige Kooperation auch in anderen Teilen des Kreises sinnvoll ist und ermutigen die
28 Gemeinden, diesen Weg zu gehen.

29
30 Im Flächenkreis Oberhavel werden Arzt- und Schulbesuch, aber auch Beantragungen von
31 Hartz IV-Geldern oder der Fahrerlaubnis für die auf dem Land lebenden Menschen immer
32 schwieriger. Die FDP fordert die Umsetzung mobiler und dezentraler Versorgungskonzepte
33 wie Medimobile, sowie den weiteren Ausbau von Online-Beantragungsverfahren. Wir
34 brauchen Bürgerzentren (mit IT-Terminals und Beratung /Hilfsstellung durch
35 Verwaltungskräfte) auch für diejenigen, die zuhause nicht über die entsprechenden
36 Einrichtungen verfügen bzw. die Techniken nicht beherrschen sowie rollende Rathäuser,
37 die zu den Menschen fahren. Die Internetauftritte aller Kommunen sind zu verbessern und
38 nutzerfreundlicher zu gestalten.

39
40 Die medizinische Versorgung muss auch in der Fläche gewährleistet werden. Schon jetzt
41 zeichnet sich im Nordkreis ein zunehmender Ärztemangel ab. Selbst die hausärztliche
42 Versorgung ist zunehmend gefährdet. Die gesetzlichen Rettungsfristen müssen
43 eingehalten werden. Die verfehlte Gesundheitspolitik der Bundesregierung macht das
44 Problem noch schlimmer, da sie an der Übernahme einer Praxis auf dem Lande
45 interessierte Bewerber abschreckt. Deshalb sind Möglichkeiten zu schaffen, einen
46 Praxisbetrieb die ganze Woche über sicherzustellen, die Besetzung der Praxis mit
47 ärztlichem Personal aber flexibel zu gestalten.

48

1 Das Leben im äußeren Entwicklungsraum verlangt Mobilität. Deshalb bleiben wir bei
2 unserer Forderung nach einem zügigen Ausbau der B96.

3 Erforderlich ist aber auch die Anpassung und Flexibilisierung des ÖPNV. Reicht die
4 Nachfrage nach Linienverkehren nicht mehr aus, so müssen alternative, flexible und
5 wirtschaftliche Lösungen angeboten werden. Die überregionalen Verbindungen,
6 insbesondere der regionalen Zentren im äußeren Entwicklungsraum mit dem
7 Ballungszentrum Berlin/Potsdam, sind weiterhin mit schnellen Regionalexpress-Zügen
8 sicherzustellen. Die Konzessionen für den Schienen-Regionalverkehr sind jedoch verstärkt
9 auszuschreiben, um Kosten einzusparen, die für die finanzielle Unterstützung
10 kleinräumlicher Zubringerverkehre genutzt werden und Einschnitte bei der
11 Fördermittelzuweisung abfangen können.

12
13 Ortskerne, insbesondere in touristischen Gemeinden, sind durch geeignete
14 verkehrsberuhigende Maßnahmen zu entlasten. Bei verkehrsberuhigten Zonen in
15 Innenstädten ist die Belieferung von Handel und Gewerbe zu gewährleisten.

16
17 Parkverbotszonen sind nur dort einzurichten, wo parkende Autos tatsächlich Autos,
18 Radfahrer und Fußgänger behindern. Zusätzlich und wo möglich soll durch maßvolle
19 Verflüssigung des Straßenverkehrs eine Senkung der Belästigung von Anwohnern und der
20 Umweltbelastung erreicht werden. Überflüssige Verkehrsschilder und künstliche
21 Hindernisse, die nicht der Verkehrssicherheit dienen, sollen entfernt werden. Tempo-30-
22 Regelungen sind auf reine Wohngebiete sowie Strecken vor Schulen, Kindergärten,
23 Spielplätzen und sonstigen Gefährdungsbereichen zu beschränken, möglichst mit zeitlicher
24 Begrenzung. Ein gut ausgebautes Fuß- und Radwegenetz soll für sichere Wege zu
25 Kindergärten und Schulen sorgen. An den Haltestellen des ÖPNV soll es sichere
26 Fußgängerüberwege geben. Querungshilfen reichen hier oft nicht aus.

27
28 Wohnungs- und Gewerbebau sind deutlich stärker an den Erfordernissen energieeffizienter
29 Systeme zu orientieren. Dabei sind alten- und behindertengerechte Bauweisen stärker in
30 den Vordergrund zu stellen. Vermieter und Mieter müssen von Investitionen in die
31 Gebäudesanierung profitieren.

32
33 Es sind Maßnahmen zu ergreifen, die einer weiteren Zersiedlung der Landschaft
34 vorbeugen und die Innenstädte wieder attraktiver machen. Konzentration statt
35 Zersiedlung.

36
37 Bei der Trinkwasserversorgung sowie der Abwasserentsorgung sind ein Rückbau
38 überdimensionierter Anlagen sowie interkommunale Kooperationen zu erwägen.
39 Feuerwehr und Rettungsdienste sollen ebenfalls stärker zwischen den Kommunen vernetzt
40 arbeiten. Neben der erforderlichen Gewinnung des Nachwuchses stellen sie ein
41 wesentliches Element der kommunalen Jugendarbeit dar.

42
43 Viele ältere Mitbürger wollen sich auch außerhalb der Familie engagieren. Das gilt auch für
44 viele allein stehende ältere Menschen. Viele wissen zudem gar nicht, wen sie wegen eines
45 möglichen Engagements für andere ansprechen könnten. Deshalb sollten
46 Freiwilligennetzwerke verstärkt gegründet und ausgebaut werden.

47

1 In einer Zeit, in der viele Familien nicht mehr im Familienverbund beisammen sind, ist es
2 wichtig, dass Möglichkeiten zum generationenübergreifenden Zusammensein bereitgestellt
3 werden. Mehrgenerationenhäuser, Wohngemeinschaften, betreutes Wohnen und andere
4 offene Angebote sind besonders zu fördern, weil sie die Selbstbestimmung im Alter
5 weitestgehend gewährleisten.

6 7 8 VI Liberaler Rahmen für kommunale soziale Marktwirtschaft

9
10 Wir wollen Menschen Perspektiven bieten. Arbeitsplätze mit beruflichen Chancen sind
11 Voraussetzung dafür. Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der mittelständischen
12 Wirtschaft sind der Schlüssel für künftige Chancen der Einwohner, geringere Soziallasten
13 für den öffentlichen Haushalt und mehr Stabilität für das Gemeinwesen.

14
15 Kommunale Wirtschaftsförderung muss ein positives Klima für Kleinunternehmer und den
16 Mittelstand schaffen. Neben der Infrastruktur einer Kommune sind die politischen und
17 administrativen Verhältnisse entscheidend für die Beurteilung eines Standortes. Die
18 Verantwortung auf kommunaler Ebene reicht von der Festsetzung von Hebesätzen über
19 die Umsetzung des Bau- und Umweltrechts bis zur Vermeidung von Hürdenläufen durch
20 die Bürokratie.

21
22 In der Kommunalverfassung steht es geschrieben: Die Kommune sollte sich nur dann
23 wirtschaftlich betätigen, wenn dies im öffentlichen Interesse liegt und Private es nicht
24 besser können. Die Fülle der Unternehmen, die dem Landkreis gehören, sprengt diese
25 Grundsätze ganz erheblich. Es besteht inzwischen ein Konglomerat aus
26 Beteiligungsverschachtelungen, die kein Kreistagsabgeordneter mehr zumutbar
27 kontrollieren kann. Deshalb haben wir uns schon längere Zeit dafür eingesetzt, die
28 Beteiligungsstruktur deutlich zu vereinfachen. Leider ist die Öffentlichkeit seit langem
29 außen vor, da dieses Beteiligungsgeflecht ausschließlich hinter verschlossenen Türen
30 behandelt wird. Seit Jahren mahnen wir an, dass die Jahresabschlüsse der Firmen
31 öffentlich verabschiedet werden.

32
33 Der gesamte Komplex findet unter dem Motto „Tarnen und Täuschen“ statt. Dafür stehen
34 u.a. folgende Fakten:

35 Beispiel Nr.1: Der Ziegeleipark in Mildenberg dümpelte jahrelang mit Millionenkosten
36 planlos vor sich hin. Erst, nachdem wir als FDP darauf gedrängt haben, wurde ein
37 Konzept vorgelegt.

38 Beispiel Nr. 2: Mit dem Erwerb des Technologie- und Verkehrszentrums Hennigsdorf hat
39 sich der Landkreis ein millionenschweres Risiko ans Bein gebunden. Wir hatten uns
40 für den Verkauf des Technologie- und Verkehrszentrums an die Stadt Hennigsdorf
41 ausgesprochen, um mit den erzielten Erlösen soziale Projekte zu fördern.

42 Beispiel Nr. 3: Hochproblematisch ist die Beteiligung an der AWU Oberhavel. Sie
43 verursacht, dass dem Bürger Oberhavels immer tiefer in die Tasche gegriffen wird.
44 Die seit Jahren von gering bis dramatisch steigenden Müllgebühren sind zu einem
45 erheblichen Kostenfaktor für die Bürger geworden. Das ist angesichts der
46 Tatsache, dass der Auftrag zum „Mülleinsammeln“ nicht öffentlich ausgeschrieben
47 wurde, umso bedauerlicher.
48

1 Leistungen sind an private Unternehmen zu übertragen, wenn diese die Leistungen bei
2 gleicher Qualität und Zuverlässigkeit zu gleichen oder niedrigeren Preisen erbringen
3 können. Kommunen dürfen sich nur dann wirtschaftlich betätigen, wenn ein dringender
4 öffentlicher Zweck dies erfordert. Dabei ist nicht nur zu prüfen, ob es sich um eine
5 kommunale Aufgabe handelt, sondern zusätzlich darzulegen, weshalb auch die Erfüllung
6 dieser Aufgabe kommunal und nicht durch beauftragte Private wahrzunehmen ist. Dies gilt
7 auch für den kommunalen Wohnungsbau.

8
9 Falls kommunale Unternehmen nicht privatisiert oder ersetzt werden können, dürfen diese
10 ihren öffentlichen Auftrag nicht auf so genannte Nebentätigkeiten ausweiten. Ihr
11 Mehrwertsteuerprivileg und der fehlende Zwang zu echter Kostenkalkulation verzerren den
12 Wettbewerb zulasten von Klein- und mittelständischen Unternehmen.

13
14 Wir lehnen die Rekommunalisierung von Leistungen grundsätzlich ab. Private
15 Unternehmen sollen gegen Verletzungen obiger Grundsätze klagen können. Die FDP
16 Oberhavel setzt sich dafür ein, § 91 Absatz 1 Satz 2 der Kommunalverfassung („Die
17 nachfolgenden Regelungen dienen ausschließlich dem Schutz der Leistungsfähigkeit der
18 Gemeinden.“) streichen. Die gemeindewirtschaftsrechtlichen Regelungen müssen auch
19 und gerade dem Schutz mittelständischer und kleiner Unternehmen dienen.

20
21 In den Beteiligungsberichten der Kommunen und in den Jahresabschlüssen kommunaler
22 Unternehmen sind im Interesse einer höheren Transparenz die Gehälter der Vorstände
23 bzw. Geschäftsführungen offen auszuweisen.

24
25 Wir als FDP Oberhavel wollen die Offenlegung der Bilanzen kommunaler Gesellschaften
26 und die öffentliche Beratung in den Gremien der kommunalen Selbstverwaltung

27
28 In der Wirtschaftsförderung ist das Prinzip der bisherigen „Gießkannenförderung“ zu
29 ersetzen. Der Einsatz für die Schaffung von Lehrstellen ist wesentlicher Bestandteil
30 kommunaler Wirtschaftsförderung gegen künftigen Fachkräftemangel.

31
32 Die Möglichkeiten öffentlich-privater Partnerschaften beim Errichten, Betreiben und
33 Sanieren von Bauwerken und Infrastruktur sind stärker zu nutzen.

34
35 Wir als Oberhaveler Liberale lehnen die Einschränkung des Örtlichkeitsprinzips ab, da die
36 demokratische Legitimation der Kommunalvertretungen sich auf das Gemeinde- bzw.
37 Kreisgebiet beschränkt. Aufgaben, die überregionales oder gar internationales Tätigwerden
38 erfordern, sind keine kommunalen Aufgaben.

39
40 Bei Straßenbaumaßnahmen soll den betroffenen Anwohnern ein stärkeres Mitspracherecht
41 eingeräumt werden.

42
43 Für Transparenz und wirksame demokratische Kontrolle der wirtschaftlichen Betätigung
44 fordert die FDP Oberhavel eine ausnahmslose Pflicht zur vorherigen öffentlichen
45 Bekanntmachung von Plänen zur Gründung oder Erweiterung kommunaler Unternehmen.
46 Das Berufen auf Betriebsgeheimnisse verträgt sich nicht mit den demokratischen
47 Verpflichtungen der Kommunalverwaltungen.

48

VII Im Einklang mit Natur, Landwirtschaft und Tourismus

Eine intakte Umwelt ist ein Gut für alle, und Landwirtschaft ist ein nicht zu unterschätzender Wirtschaftsfaktor in unserem Landkreis. Die Bewahrung des Landschaftsbildes vor allem im Norden von Oberhavel, des Wechsels zwischen landwirtschaftlich genutzten Flächen, Wäldern, Seen und Flusslandschaften bis hin zu interessanten Kleinbiotopen, wie moorähnlichen Bereichen, ist oberstes Gebot unserer politischen Arbeit. Unsere Themen und Anträge in Oberhavel spiegeln inhaltlich vorrangig Naturverbundenheit wider, dienen einer verbesserten touristischen Attraktivität und betreffen im weitesten Sinne die Förderung der Landwirtschaft. Wir, die FDP Oberhavel, haben alle Anträge unterstützt, die diesen Kriterien entsprachen, ob es sich dabei zum Beispiel um das Naturschutzprojekt „Schwarzer See“ oder um die unter Naturschutz gestellte „Schwarzpappel“ in Wesendorf handelte. Wir als Liberale in Oberhavel haben vor allem auch die Anträge favorisiert, die einer produktionsorientierten Landwirtschaft dienlich sind und damit dazu beitragen, dass sich Familienbetriebe dauerhaft stabilisieren können. Ebenso tragen wir alle Entscheidungen für den landwirtschaftlichen Wegebau mit. Damit unterstützen wir die touristische und landwirtschaftliche Erschließung unserer Region.

Regionen, die von der Landesregierung ohne Wachstumskern sich selbst überlassen werden, erhalten durch Landwirtschaft und Tourismus eine neue Chance.

Landwirtschaft ist eine High-Tech-Branche. Die Kommunalpolitik kann durch entsprechende Rahmenbedingungen Wachstum fördern und eine gesicherte Lebensgrundlage für Arbeitnehmer im ländlichen Raum bieten.

Landwirte brauchen Rechts- und Planungssicherheit. Wir Liberale werden uns populistischen Beschlüssen entgegenstellen, die Landwirten pauschal oder sogar nachträglich Anbaumethoden untersagen.

Als liberale und zukunftsorientierte Partei wird sich die FDP Oberhavel für einen vermehrten Einsatz von alternativen Energieformen einsetzen. Dies geschieht jedoch kritisch. Wo Windkraftträder die Landschaft in Tourismusgebieten verschandeln würden, soll keine Baugenehmigung erteilt werden. Wo Menschen wohnen, muss ein Sicherheitsabstand von mehr als 1500 Metern eingehalten werden. Wir sind gegen Subventionen für Windräder und gegen Windparks in Regionen, die Rast-, Brut- oder Durchzugsgebiet von großen Vogelpopulationen sind.

VIII Bürgerbeteiligung an kommunalen Entscheidungen

Die Beteiligung der Bürger an kommunalen Entscheidungen muss gestärkt werden. Einwohner sollen in die Wahrnehmung der örtlichen Aufgaben aktiv einbezogen werden. Die Gestaltung gemeindlicher Entwicklung soll nicht allein den gewählten Vertretern und der Verwaltung überlassen bleiben. Die neue Kommunalverfassung, die am Wahltag, dem 28. September 2008 in Kraft tritt, gibt den Kommunen die Möglichkeit, in ihren Hauptsatzungen die Rechte der Bürger festzulegen. Dies ist ein Schritt zu mehr

1 Eigenständigkeit der Kommunen. Das darf aber nicht dazu führen, dass die heute
2 geltenden Rechte der Bürger eingeschränkt werden.

3
4 Wir als FDP in Oberhavel setzen uns für mehr Bürgerbeteiligung auf allen Ebenen ein. Die
5 Gemeindeverwaltungen und die Gemeindevertreter sollen unmittelbare Rückmeldungen
6 aus der Bürgerschaft zu den Zielen ihrer Politik erhalten. Bürger sollen in die
7 Entscheidungsprozesse der gewählten Vertreter und der Verwaltung rechtzeitig und
8 umfassend einbezogen werden. Die FDP setzt sich für sog. „Bürgerhaushalte“ ein. Dabei
9 können Bürger Vorschläge für den Haushalt der Kommune machen. Der Sachverstand der
10 Bürger darf nicht ausgeklammert bleiben.

11
12 Die Öffnungszeiten der Verwaltungen sollen bürgerfreundlicher gestaltet werden.

13
14 Jugendliche sollen mehr Chancen zur Mitwirkung in den Gemeinden erhalten. Deshalb
15 fordert die FDP das aktive Wahlrecht mit 16 Jahren für Kommunalwahlen im Land
16 Brandenburg.

17 18 19 IX aktive Verantwortung für unser Zusammenleben

20
21 Der Extremismus ist ein ernst zu nehmendes Problem. Wir Liberalen in Oberhavel werden
22 uns dafür einsetzen, dass extreme Gruppen nicht mehr Forum für ihre Parolen bekommen
23 als rechtlich zwingend ist. Alle Mittel des Rechtsstaates müssen ausgeschöpft werden, um
24 zu verhindern, dass die extremistischen Gruppen ihr bürgerliches oder pseudosoziales
25 Image weiter schärfen können. Die Demokratie stärkt man durch gute parlamentarische
26 und demokratische Praxis. Die Demokraten müssen geschlossen gegen jede Form von
27 Extremismus stehen.

28
29 Der Fraktionsstatus bedeutet auch für kleinere politische Gruppen verbesserte
30 Arbeitsbedingungen. Darum muss die neue Regelung zu Fraktionsmindeststärken nach
31 § 32 der Kommunalverfassung korrigiert werden. Denn die sehr personalisiert gewählten
32 kommunalen Mandatsträger müssen mit angemessenen Rechten und Arbeitsbedingungen
33 befähigt werden, ihren Wählerauftrag zu erfüllen. Sonst würde der Wählerwille durch eine
34 indirekte Sperrklausel (eine Mindeststärke von 4 Sitzen entspricht ca. 9%) entwertet.

35
36 Eine liberale Bürgergesellschaft braucht Freiheit zur Entfaltung, ebenso wie konsequenten
37 Schutz vor Kriminalität, Belästigung und Unsicherheit. Beste Vorbeugung gegen
38 Kriminalität, insbesondere bei jungen Menschen, sind Bildung und Ausbildung. Prävention
39 und konsequente Bekämpfung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten sind nicht nur
40 Angelegenheit von Polizei und Behörden, sondern gehen uns alle an.

41
42 Wir wollen deshalb in Zusammenarbeit mit der Polizei Konzepte entwickeln, um frühzeitig
43 der Entwicklung von sozialen Brennpunkten entgegenzuwirken. Nachbarschaftshilfen,
44 Vereine, Verbände und Kirchen, die auch gefährdeten Kindern und Jugendlichen eine
45 sinnvolle Freizeitbeschäftigung bieten, sind zu fördern.

46
47 Die kommunalen Behörden, insbesondere Jugendämter und Ausländerbehörde, müssen
48 eng mit Justiz und Polizei zusammenarbeiten. Besonders für jugendliche Intensivtäter sind

1 gemeinsame Strategien zu entwickeln. Dabei sind Schulen, Vereine und Sozialarbeiter
2 einzubeziehen. Für all dies brauchen wir auch eine angemessene Personal- und
3 Finanzausstattung von Kommunen.
4

5 Videoüberwachung öffentlicher Straßen und Plätze stellt für Liberale keine Alternative dar.
6 Die ständige Erreichbarkeit der Kontaktbereichsbeamten ist sicherzustellen.
7

8
9 Verwaltungsvorschriften und Satzungen werden in geeigneten Fällen zeitlich begrenzt.
10 Dadurch wird ein wirksamer Beitrag zum Bürokratieabbau geleistet.
11

12 Zur Förderung des Engagements der Bürger im Ort sind verstärkt Bürgertelefone
13 einzurichten. Dabei können auch Kompetenzen und Lebenserfahrung von Senioren
14 erschlossen werden, die sich zu ihrem eigenen Schutz und im Interesse der Gemeinschaft
15 einbringen wollen.
16

17 X Wer soll das bezahlen

18
19
20 Die Finanzausstattung der Kommunen wird den zunehmenden Aufgaben nicht gerecht. Die
21 Landesregierung verhält sich zentralistisch und verhindert mehr Eigenverantwortung der
22 Kommunen. Statt politisch motivierter Vergabe von Fördermitteln brauchen wir eine klare
23 Funktionsabgrenzung und der verfassungsrechtlich gebotene Zusammenhang von
24 Aufgabenübertragung und dazugehöriger Finanzausstattung (Konnexität).
25

26 Die zunehmenden unterschiedlichen Entwicklungen zwischen den Landkreisen erfordern
27 mehr Autonomie zur Lösung der regional sehr unterschiedlichen Probleme. Kommunale
28 Entscheidungen müssen sich an den gemeindlichen Notwendigkeiten orientieren und
29 dürfen sich nicht auf Mitnahmeeffekte aus der Jagd auf Fördermittel reduzieren.
30

31 Das Subsidiaritätsprinzip muss Grundlage einer Gemeindefinanzreform sein, die eine
32 echte Selbstverwaltung in den Kommunen ermöglicht. Die Landesebene ist auf die
33 Kompetenzen zu beschränken, die von den Kreisen und Gemeinden nicht wahrgenommen
34 werden können.
35

36 Ob im Bund, auf Landesebene oder in der Kommune: Das Herz der politischen
37 Auseinandersetzung sind die Finanzen. Auf Bundes- und Landesebene prallen hier die
38 politischen Ansichten in der parlamentarischen Auseinandersetzung aufeinander. Auf
39 Kommunalebene ist das nicht anders. Da der Kreis kein eigenes Steuererhebungsrecht
40 hat, ist die Kreisumlage eine der wesentlichen Einnahmequellen, um den Haushalt zu
41 finanzieren. Wir haben seit Beginn der Legislaturperiode Jahr für Jahr darauf aufmerksam
42 gemacht, dass die Kreisumlage viel zu hoch ist. Jedes Jahr haben SPD und CDU unsere
43 Vorschläge zur Senkung der Kreisumlage abgelehnt, und damit finanzielle Spielräume für
44 die Gemeinden verhindert. Seit 2005 sind die absoluten Einnahmen des Kreises aus der
45 Umlage von 50 auf über 70 Mio. Euro gestiegen. Hierbei handelt es sich um Geld, das den
46 Kommunen zur Finanzierung ihrer Aufgaben oder politischen Gestaltung vor Ort entzogen
47 wird.
48

1 Wir bleiben dabei: Die Kreisumlage muss gesenkt werden, denn der Kreis darf nicht auf
2 Kosten der Gemeinden Geld bunkern.

3
4 Sparsamkeit, Effizienz und Wirtschaftlichkeit sind auch bei verbesserter Finanzausstattung
5 Grundprinzipien kommunaler Haushaltsführung. Beim Übergang von der Kameralistik zur
6 kaufmännischen Buchhaltung (Doppelte Buchhaltung in Konten) sollen die Wahlrechte so
7 ausgenutzt werden, dass mehr Transparenz entsteht. Mit der FDP wird es ein
8 verständliches und aussagefähiges Rechnungswesen geben, das auch durch die
9 Gemeindevertreter kontrolliert werden kann.

10
11 Neue Vorhaben sind streng auf Folgekosten wie Bewirtschaftungskosten, Personalbedarf
12 und Instandhaltung zu prüfen.

13
14
15
16 **Mehr Mut.**

17 **Mehr Freiheit.**

18 **Mehr Mensch.**

19